

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



Für ein solidarisch erneuertes Europa

Europapolitisches Memorandum der IG Metall

Inhalt

1	Vorwort	1
2	»Für ein solidarisch erneuertes Europa« – Europapolitisches Memorandum der IG Metall – Kurzfassung	2
3	Renewing Europe around solidarity – European Memorandum of IG Metall – Executive summary	6
4	»Für ein solidarisch erneuertes Europa« – Europapolitisches Memorandum der IG Metall	9
1	Die Europäische Union zwischen Gestaltungspotenzial und Krise	10
2	Das Europäische Sozialmodell als neues Leitprojekt	13
3	Europa als Akteur mit globaler Verantwortung.....	15
4	Politik für eine Erneuerung des Europäischen Sozialmodells.....	17
4.1	Handlungsfeld »Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa«	17
4.2	Handlungsfeld »Europäische Tarifpolitik«	19
4.3	Handlungsfeld »Betriebspolitik und Mitbestimmung in Europa«	21
4.4	Handlungsfeld »Europäische Sozialpolitik«	22
5	Europäisierung der IG Metall	24

Impressum

Herausgeber

Gestaltung

Kontakt und Rückfragen

Redaktionsschluss

IG Metall Vorstand | Frankfurt am Main

LingoVision Hamburg | Titelbild: EU-AudioVisual Library

Horst Mund, FB Internationales/Europa

Tel. 069 / 66 93 26 50 | horst.mund@igmetall.de

Dirk Bergrath | FB Internationales/Europa

Tel. 069 / 66 93 22 05 | dirk.bergrath@igmetall.de

März 2009

1 Vorwort

Europa ist für viele Beschäftigte erfahrbare Realität geworden. Sie arbeiten in Unternehmen, die sich grenzüberschreitend in Europa engagieren. Sie machen alltägliche Erfahrungen mit länderübergreifender Mitbestimmung, vor allem über die Europäischen Betriebsräte. Diese Erfahrungen prägen ihren Blick auf Europa. Die vorhandene Skepsis der Menschen gegenüber Europa bzw. der Europäischen Union basiert also nicht auf Unwissen oder einem verklärten Blick zurück.

Vielmehr weist der derzeitige Prozess der Europäischen Einigung eklatante Mängel auf. Die Politik der Europäischen Kommission hat sich in den vergangenen Jahren an marktradikalen Zielen orientiert. Sie hat das Europäische Projekt den Interessen von Wirtschaft und Finanzmärkten unterworfen. Das erklärt die »Europa-Skepsis« der Menschen.

Finanzmärkte und multinationale Unternehmen haben ohne demokratische Kontrolle eine rücksichtslose Maximierung ihrer Profite betrieben. Die Ängste und Sorgen der Menschen blieben dabei unberücksichtigt. Mit der einseitigen Fixierung auf die Binnenmarktfreiheiten wurden soziale Grundrechte der Arbeitnehmer ausgehöhlt.

Ein neuer Anlauf für eine solidarische Erneuerung Europas ist unabdingbar. Gerade angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise muss die Europäische Union ein entscheidender Akteur der Re-Regulierung der Finanzmärkte und einer koordinierten Wirtschafts- und Konjunkturpolitik werden.

Unsere Leitvorstellung ist ein »Europa für die Menschen«. Dem liegt die Einsicht zugrunde, dass die Marktökonomie durch eine soziale Politik, sozialstaatliche Institutionen,

starke Gewerkschaften sowie Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer ergänzt und korrigiert werden muss. Das ist unsere Vorstellung eines Europäischen Sozialmodells.

Auf nationaler Ebene geht es darum, soziale Sicherheit auszubauen und wiederherzustellen. Europäisch müssen wir die Unterschiede der Lebensverhältnisse verringern und Mindeststandards schaffen. So unterbinden wir einen gefährlichen sozialen und ökonomischen Unterbietungswettbewerb zwischen den europäischen Ländern.

Das Europapolitische Memorandum beschreibt die Vorstellungen der IG Metall. Auf dieser Grundlage handeln wir – nach innen wie nach außen.

Das Europapolitische Memorandum formuliert unseren Anspruch an die Politik in Europa. Europas Zukunft entscheidet sich nicht nur in Brüssel und Straßburg, sondern wird wesentlich in den einzelnen Mitgliedsstaaten gestaltet. Entscheidend ist, dass wir Einfluss entfalten und die politischen Bekenntnisse zum sozialen Europa in den kommenden Jahren auch konkret einfordern.

Die Anforderungen des Memorandums richten sich auch an uns selbst: An die Kooperation und Koordination mit unseren europäischen Partnern, aber auch an die Europäisierung der Organisation. Das europapolitische Mainstreaming der IG Metall entscheidet sich in unserer täglichen Arbeit. Europa in der Organisation stärker zu verankern und mit noch mehr Leben zu füllen, wird Aufgabe der kommenden Jahre bleiben.



Berthold Huber

1. Vorsitzender IG Metall

2 »Für ein solidarisch erneuertes Europa« – Europapolitisches Memorandum der IG Metall – Kurzfassung

1 Die Europäische Union zwischen Gestaltungspotenzial und Krise

Der marktliberale Integrationskurs hat Europa in eine Legitimationskrise manövriert. In der breiten Öffentlichkeit verstärkt sich der Eindruck, dass in Europa die sogenannten Grundfreiheiten des Binnenmarktes Vorrang haben vor den sozialen Grundrechten. Eine wirtschaftspolitische Kehrtwende ist dringender denn je erforderlich. Entschlossen und koordiniert gegen die Folgen der Krise vorzugehen ist die entscheidende Herausforderung der Politik. Die Fortführung der Europäischen Einigung unter neoliberalen Vorzeichen wird immer weniger gesellschaftliche Akzeptanz finden und das gesamte europäische Projekt gefährden! Ein Scheitern dieses Projekts kann aber nicht im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. Vielmehr benötigen wir ein Europa, das dem sozialen Fortschritt den Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten einräumt.

2 Das Europäische Sozialmodell als neues Leitprojekt

Trotz aller Unterschiede bestand zwischen den EU-Mitgliedsstaaten der Konsens, dass die Marktökonomie zwar höchst produktiv ist – sie muss jedoch durch eine soziale Politik, sozialstaatliche Institutionen sowie starke Gewerkschaften ergänzt und korrigiert werden. Die verschiedenen Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten sind die Grundlage eines europäischen Sozialstaatsverständnisses. Es gilt, die bestehende Divergenz der Lebensverhältnisse sowohl innerhalb als auch zwischen den Mitgliedsstaaten in den Fokus zu nehmen. Europaweit müssen die sozialen Spaltungen vermindert und die sozialen Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen sowie geschlechtsspezifische Diskriminierungen bekämpft werden. Dabei ist der Zugang zu qualifizierter Aus- und Weiterbildung für alle Bürgerinnen und Bürger Europas von entscheidender Bedeutung.

3 Europa als Akteur mit globaler Verantwortung

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Die »Finanzialisierung« der Realwirtschaft sortierte viele Unternehmen und letztlich auch den Kapitalismus insgesamt neu. Wir sagen: Die Europäische Union muss zum Vorreiter bei der Zählung und Regulierung des Finanzmarktkapitalismus werden. Unverzichtbar sind eine neue Kultur der gesellschaftlichen Verantwortung sowie ein verbindlicher europäischer Regulierungsrahmen, vor allem für Hedge- und Private-Equity-Fonds. Ein im Inneren sozial erneuertes Europa darf sich nicht als eine Insel des Wohlstands verstehen, die sich durch Zäune vor Elend und Armut zu schützen versucht. Auch künftig muss eine Beitrittsperspektive eröffnet werden, sofern die demokratischen Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vollständig ge-

währleistet sind. Darüber hinaus muss die EU die Nachbarschaftspolitik stärken und den wirtschaftlichen Aufholprozess und die Förderung demokratischer Strukturen, insbesondere im Mittelmeerraum, stärken.

4 Politik für eine Erneuerung des Europäischen Sozialmodells

Aus Sicht der IG Metall sind folgende Handlungsfelder mit Blick auf Politik und Gewerkschaften in Europa von besonderer Bedeutung:

4.1 Handlungsfeld »Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa«

Die solidarische Erneuerung Europas wird sich wesentlich in der Wirtschafts-, Industrie- und Beschäftigungspolitik entscheiden. Europa braucht den Mut zu einer intensivierten Wirtschafts- und Fiskalpolitik und zu ausgeweiteten wirtschaftspolitischen Kompetenzen auf der supranationalen Ebene. Wir brauchen ein Regelwerk, das langfristige Realinvestitionen fördert und die kurzfristige Spekulation diskriminiert. Die IG Metall steht für eine Politik des ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstums. Dazu bedarf es einer koordinierten und aktiven Struktur- und Industriepolitik, die sich der doppelten Herausforderung stellt, die industrielle Produktion und die Beschäftigung in den entwickelten Regionen zu erhalten und gleichzeitig den industriellen Aufholprozess in den neuen EU-Ländern und den bislang noch abgehängten Regionen zu fördern. Gewerkschaften sind gefordert, sich hierbei mit eigenen Vorstellungen einzubringen.

4.2 Handlungsfeld »Europäische Tarifpolitik«

Im einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum wächst die Gefahr des lohnpolitischen Wettbewerbs. Deshalb müssen sich die europäischen Gewerkschaften intensiver als je zuvor abstimmen und koordinieren. Die unter den Metallgewerkschaften in Europa vereinbarte Koordinierungsregel zeigt genauso wie die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit in die richtige Richtung. Es bedarf verstärkt gemeinsamer tarifpolitischer Anstrengungen, um die vorhandenen programmatischen Ansätze zur Arbeitszeit, zu den Qualifizierungsrechten, zur prekären Beschäftigung, zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Regelung guter und humaner Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen europaweit umzusetzen. In ein effizientes System der europäischen Koordination von Tarifpolitik müssen verstärkt die Europäischen Betriebsräte und ihre Koordinatoren einbezogen werden.

4.3 Handlungsfeld »Betriebspolitik und Mitbestimmung in Europa«

Ein demokratisches Europa schließt ausdrücklich die aktive Mitbestimmung und Gestaltung des Wirtschaftsprozesses mit ein, angefangen bei der Mitbestimmung am Arbeitsplatz bis hin zur Wirtschaftsdemokratie. Jegliche Form von Abstrichen an der Mitbestimmung wird die IG Metall nicht hinnehmen; dies stellt für uns auch eine klare Grenze der europäischen Integration dar. Euro-Betriebsräte sind ein besonders wichtiger Ansatz zur Vernetzung von Belegschaften, zur grenzüberschreitenden Interessenvertretung und um die Versuche abzuwehren, einzelne Standorte gegeneinander auszuspielen. Die im Dezember 2008 beschlossene Änderung der Europäischen Betriebsräterichtlinien ist für uns ein Zwischenschritt beim Ausbau der Mitbestimmungsrechte auf europäischer Ebene. Eine umfassende Revision der Richtlinie ist mittelfristig unabdingbar.

4.4 Handlungsfeld »Europäische Sozialpolitik«

Die bisherigen sozialpolitischen Anstrengungen der EU sind unzureichend und halbherzig. Die Methode der offenen Koordinierung kann bisher nicht dazu beitragen, die enormen sozialen Herausforderungen der Europäischen Union anzugehen. Es geht nicht um die Schaffung eines einheitlichen europäischen Sozialstaats, sondern darum, die bestehende Vielfalt solidarisch und sozialintegrativ zu gestalten. Die IG Metall plädiert für einen sozialen Stabilitätspakt, der sowohl Mindestbedingungen formuliert als auch den unterschiedlichen Ausgangsniveaus in den alten und den neuen EU-Ländern Rechnung trägt. Es braucht in einem ersten Schritt europäische Mindeststandards, um Fehlentwicklungen wie der Prekarisierung der Arbeit, der Ausweitung der Arbeitszeiten und der Privatisierung öffentlicher Leistungen entgegenzutreten. Europa sollte sich für die Stärkung der sozialen Infrastruktur entscheiden und sich aktiv für ein System guter öffentlicher sozialer Dienstleistungen einsetzen.

5 Europäisierung der IG Metall

Europa steht am Scheideweg. Deshalb braucht es starke, in den EU-Mitgliedsländern und auf europäischer Ebene handlungsfähige und -bereite Gewerkschaften. Dies gilt auch für die IG Metall. Auch sie braucht eine verstärkte europapolitische Praxis, die auf allen Ebenen der Organisation selbstverständlich werden muss. Wir brauchen ein sozial und demokratisch erneuertes Europa, das die Interessen und Probleme der Menschen ernst nimmt und die europäische Idee der Gleichberechtigung erfahrbar macht. Es geht um eine neue europäische Kultur und es geht um ein europapolitisches Mainstreaming der IG Metall. Innerhalb weniger Jahre müssen Gewerkschaften tatsächlich europaweit kampagnenfähig werden. Keinesfalls kann eine solche Debatte auf Deutschland beschränkt sein, dieser Diskussionsprozess muss aktiv europaweit geführt werden. Fest steht: **Ein neuer Anlauf für eine solidarische Erneuerung Europas ist unabdingbar. In Europa – für Europa!**

3 Renewing Europe around solidarity – European Memorandum of IG Metall – Executive summary

1 The European Union between policy-shaping potential and crisis

The liberal course of integration manœuvred Europe into a legitimisation crisis. There is a spreading perception within the general public that the freedoms of the single market take precedence over the basic social rights. More than ever before an economic about-turn is needed. Tackling the consequences of the crisis decisively and in a co-ordinated manner is a crucial challenge of politics. Continuing the European unification process along the lines of neo-liberalism will find less and less public acceptance and will endanger the whole European project! A failure of this process, however, cannot be in the interest of workers. What we need instead is a Europe that gives priority to social progress over the freedoms of the single market.

2 The European Social Model as a new key project

Despite all differences there has been a consensus between the EU member states that the market economy is highly productive but needs to be complemented and corrected by social policies, institutions of the welfare state and strong trade unions. The different social security systems of the member states are the basis of a European understanding of the welfare state. We have to focus on the existing divergences of living conditions within and between the member states. Throughout Europe the social divide must be diminished and we must tackle social inequalities between men and women as well as gender specific discrimination. Equal access to qualification and training for all citizens is of crucial importance as part of this fight.

3 Europe as an actor with global responsibility

The world economy is in a deep crisis. The »financialisation« of the real economy remodelled many companies and ultimately capitalism as a whole. In our view the European Union must pioneer the taming and regulation of finance market capitalism. A new culture of social responsibility and a binding European regulatory framework is indispensable, especially for Hedge Funds and Private-Equity Funds. An internally renewed Europe may not conceive itself as an island of welfare that tries to protect itself against misery and poverty by erecting fences. A perspective to join the EU should be open to those countries that fully ensure the democratic rights of workers. Furthermore, the EU must reinforce its neighbourhood policy, promote the economic catching-up process and the strengthening of its democratic structures, especially in the Mediterranean region.

4 Policies for a renewal of the European Social Model

In IG Metall's view the following areas (»fields of action«) are of a special importance with respect to politics and trade unions in Europe:

4.1 The Area of »Economic and Employment Policy«

The renewal of Europe on a basis of solidarity will essentially be decided in the areas of economic, industrial and employment policy. Europe needs the courage to initiate an intensified economic and fiscal policy and to extend the economic competences at the supranational level. We need a regulatory framework that boosts long-term investments into the real economy and penalises short-term speculation. IG Metall stands for policies of sustainable ecological and social growth. Therefore, a co-ordinated and active structural and industrial policy is needed to face the twofold challenge of maintaining industrial production and employment in the developed regions and advocating at the same time the industrial catching-up process in the new member states and the regions still lagging behind. Trade unions are called to play an active part in this process by submitting their own inputs.

4.2 The Area of »European Collective Bargaining Policy«

In the European single market there is a growing danger of competition of wage policies. Therefore, European trade unions have to consult each other and co-ordinate their actions in advance more than ever before. The co-ordination rule agreed upon among the metalworkers' unions in Europe as well as the cross-border regional cooperation are steps in the right direction. Joint efforts in the area of collective bargaining are needed to implement on a European scale the programmatic approaches concerning working hours, the right to qualification and training, gender equality, precarious work and the existing rules of decent and humane working conditions for men and women. An efficient system of a co-ordinated collective bargaining in Europe must intensify the involvement of European works councils and their trade union co-ordinators.

4.3 The Area of »Company Policy and Co-determination in Europe«

A democratic Europe explicitly includes active co-determination and the shaping of economic processes, from co-determination at the workplace to economic democracy. No curtailments whatsoever of co-determination will be accepted by IG Metall – this would constitute for us a clear limit to European integration. European works councils are a

particularly important institution to network the workforces, to organise workers' representation across borders and to repel any attempts to play off sites against each other. For us, the amendment of the European works council directive decided in December 2008 is merely an intermediate step towards improving the rights of co-determination on the European level. A comprehensive revision of the directive in the medium term is indispensable.

4.4 The Area of »European Social Policy«

Hitherto the efforts of the EU with respect to social policies have been insufficient and half-hearted. The method of open co-ordination cannot contribute to the tackling of the enormous social challenges faced by the European Union. The aim is not to create a single European welfare state but to shape the existing diversity of systems into an integrated social policy approach based on solidarity. IG Metall advocates a social stability pact that formulates on the one hand minimum standards and on the other hand takes into account the different starting levels in the old and the new member states. As a first step European minimum standards are needed to counteract aberrations like precarious work, extension of working hours and the privatisation of public services. Europe should opt for a strengthening of its social infrastructure and actively strive for a system of good public services.

5 Europeanisation of IG Metall

Europe stands at a crossroads. Therefore, strong trade unions that are able and willing to act are needed both at the level of the member states and at the European level. This also applies to IG Metall. It also needs an improved practice geared to European policies which must become second nature to all levels of our organisation. We need a socially and democratically renewed Europe that takes peoples' interests and problems seriously and that makes the European idea of equality a tangible experience. It calls for a European culture and European mainstreaming of IG Metall. Within a couple of years trade unions have to be able to effectively launch campaigns on a European scale. This debate cannot be confined to Germany alone; this discussion must be actively conducted throughout Europe. It is a fact: a fresh attempt of renewing Europe based on solidarity is indispensable. Within Europe – for Europe!

4 »Für ein solidarisch erneuertes Europa« – Europapolitisches Memorandum der IG Metall

Die Gewerkschaften verstehen sich seit ihren Anfängen als internationale Bewegung. Bereits im 19. Jahrhundert mussten die nationalen Arbeiterbewegungen erfahren, dass Unternehmer und Kapital die Arbeiter aus unterschiedlichen Regionen und Ländern gegeneinander auszuspielen versuchen. Die Gewerkschaften antworteten programmatisch mit dem Grundsatz der »Internationalen Solidarität« und füllten dies auch praktisch mit Leben.

*Internationale Solidarität
als Antwort auf Konkurrenz*

Gewerkschaftliches Handeln in Europa geht heute weit über die klassischen Maßstäbe internationaler Solidarität hinaus. Europapolitik ist mehr und mehr Innenpolitik. Seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957 ist die Integration Europas sukzessive vorangeschritten. Sie hat, im Bewusstsein zweier Weltkriege und jahrhundertlang gepflegter Feindbilder, den Menschen in den EU-Mitgliedsstaaten ein Leben in Frieden, Demokratie und wachsendem Wohlstand ermöglicht. Damit wurden Voraussetzungen für die sozialen Errungenschaften und die Verwirklichung von Mitbestimmungsrechten in der Nachkriegsperiode geschaffen. Die Geschichte der europäischen Integration belegt deren Ausstrahlungskraft. Diese zeigt sich besonders dann, wenn das Projekt der ökonomischen Integration durch einen struktur- und sozialpolitischen Ansatz ergänzt wurde – nicht zuletzt bei der Einbindung der damals jungen Demokratien in Spanien, Portugal und Griechenland oder bei der Integration der Mittel- und Osteuropäischen Länder.

Als Europäische Einigung definieren Teile der politischen und wirtschaftlichen Elite heute jedoch die Deregulierung der Märkte, die Privatisierung öffentlicher Dienste sowie den Abbau sozialer Rechte. Diese Deregulierung geht oftmals mit rechtlichen Mitteln unter Umgehung der demokratischen Willensbildung vonstatten. Der marktliberale Integrationskurs hat Europa nicht nur in eine Legitimationskrise manövriert. Der Glaube an die Allmacht deregulierter Märkte hat die größte Finanzmarktkrise seit den 1930er Jahren mit ihren rezessiven Wirkungen auf die Realökonomie erst möglich gemacht. Dringender denn je ist eine wirtschaftspolitische Kehrtwende erforderlich. Entschlossen und koordiniert gegen die Folgen der Krise vorzugehen und die notwendige Re-Regulierung anzugehen, ist die entscheidende Herausforderung der Europäischen Politik.

*Deregulierung und
Finanzmarktkrise*

Die Globalisierung von Wirtschaft und Politik sowie der Zustand der Europäischen Integration machen eine Bestandsaufnahme notwendig. So gilt es, den Stand des Erreichten festzuhalten und gleichzeitig die Herausforderungen einer internationalistischen und europäischen Praxis der Gewerkschaften zu benennen. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil

eine sich nur auf den Nationalstaat beziehende Politik der Gewerkschaften im 21. Jahrhundert weder wünschenswert wäre, noch erfolgreich sein könnte.

Die IG Metall wird ihren Teil dazu beitragen, den europäischen Gedanken wieder stärker mit sozialem Fortschritt zu verbinden. Es gilt, neue programmatische und politisch-praktische Perspektiven für gewerkschaftliches Handeln in Europa zu entwickeln. Hierzu ist eine Auseinandersetzung mit dem aktuellen Stand der europäischen Integration auf der politischen Ebene und innerhalb der Gewerkschaften unerlässlich.

Offensiver um das soziale Europa kämpfen

Fest steht: Ein neuer Anlauf für eine solidarische Erneuerung Europas ist unabdingbar. In Europa – für Europa! Eine wirksame gewerkschaftliche Mitgestaltung europäischer Strukturen ist auf verstärkte und engagierte Beteiligung gewerkschaftlicher Akteure angewiesen. Das Memorandum stellt eine Plattform zur Europäisierung der Praxis von Gewerkschaftsfunktionären und Mitgliedern dar. Ohne eine breitere Beteiligung droht europäische Politik ein Elitenprojekt mit gewerkschaftlicher Garnierung zu bleiben.

Die EU in der Legitimationskrise

1 Die Europäische Union zwischen Gestaltungspotenzial und Krise

Die Europäische Union befindet sich in einer tiefgreifenden Legitimationskrise, wie beispielhaft der Ausgang der Referenden zum Verfassungsvertrag (Frankreich und Niederlande 2005) und dem Lissabonvertrag (Irland 2008) sowie die kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligung bei den Europawahlen zeigen. Diese Krise begründet sich vor allem durch die Rücksichtslosigkeit derjenigen politischen Kräfte, die den marktliberalen Kurs der Integration verschärft haben und reale Ängste und Probleme der Menschen in Europa ignorieren. Dem nur ökonomisch definierten gemeinsamen Binnenmarkt fehlt das sozialstaatliche Gegenstück.

Dominanz der Binnenmarktfreiheiten

Die derzeitige EU-Kommission und die jüngsten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) verstärken in der breiten Öffentlichkeit den Eindruck, dass in Europa die sogenannten Grundfreiheiten des Binnenmarktes (des freien Waren-, Dienstleistungs-, Personen- sowie Kapital- und Zahlungsverkehrs) Vorrang haben vor den sozialen Grundrechten. So hat der EuGH in einer Serie von Entscheidungen (Viking, Laval, Kommission./Luxemburg, Rüffert und VW-Gesetz) den Binnenmarkt über elementare Rechte wie das Streikrecht und die Tarifautonomie gestellt. Dabei legt er die in der EU-Entsenderichtlinie enthaltenen Mindestnormen als abschließende Maximalregelung aus und

stellt damit das Grundprinzip »Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort« in Frage. Soziale Grundrechte sind aber nicht nur konstitutives Element der europäischen Nationalstaaten. Auch in der Tradition der europäischen Einigung sind sie untrennbar mit den übrigen Bürgerrechten verbunden und beispielsweise in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 garantiert.

Derzeit zeichnet sich eine Radikalisierung der Binnenmarktintegration ab, der die IG Metall mit Entschiedenheit entgegentritt. Die europäischen Grundfreiheiten sollten ursprünglich einen Gemeinsamen Markt sicherstellen, auf dem ausländische Anbieter gegenüber Inländern nicht diskriminiert werden. Die IG Metall bekennt sich ohne Wenn und Aber zum Gemeinsamen Markt. Die Grundfreiheiten dürfen aber kein Instrument zur Liberalisierung der nationalen Arbeitsverfassungen, bis hin zum Arbeitskampfrecht, sein.

Die Schieflage des europäischen Integrationskurses ist Ausdruck politischer Machtverhältnisse, die sich auch in der aktuellen Rechtsprechung widerspiegeln. Deshalb kann sich beispielsweise die Auseinandersetzung mit den genannten EuGH-Urteilen, die als faktisches Richterrecht über die konkreten Einzelfälle hinaus ihre negative Wirkung auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entfalten, nicht auf eine Auseinandersetzung über deren formaljuristische Konsistenz beschränken, sondern wird von uns als politische Auseinandersetzung angenommen. Die vom Europäischen Parlament beschlossene Entschliebung zu den Herausforderungen für Tarifverträge in der EU vom 22. Oktober 2008 macht deutlich, dass eine politische Antwort auf die EuGH-Urteile nötig und möglich ist.

Die IG Metall strebt ein europäisches Sozialmodell an und weiß, dass dies nur ein mittel- bis langfristiges Ziel sein kann. So lange Europa aber nicht über die Mittel verfügt, Arbeits- und Sozialverfassungen sowie Tarifvertragssysteme auf europäischer Ebene zu etablieren, müssen die nationalen Lösungen vor illegitimen Übergriffen durch das Europarecht geschützt werden. Das soziale Europa lässt sich nicht über die Preisgabe der in den Mitgliedsstaaten erkämpften Standards erreichen. Stets gilt es, auf allen politischen Ebenen – kommunal bis europäisch – Erreichtes zu verteidigen und Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. Die Weiterentwicklung der bestehenden Arbeitslosenversicherung in eine umfassende »Arbeitsversicherung«, die berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichert sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleistet, ist ein Beispiel dafür, wie sich sozialpolitischer Fortschritt innerhalb eines EU-Mitgliedsstaates organisieren

*Verteidigung und
Weiterentwicklung der
nationalen Sozialmodelle*

ließe, ohne dabei auf eine wenig erfolversprechende Renationalisierung der Politik zu setzen. Die IG Metall erwartet von Kommission und EuGH, dass sie die demokratische Autonomie der Mitgliedsstaaten achtet.

Verstärkt wird die angespannte sozial- und wirtschaftspolitische Lage in Europa dadurch, dass die Europäische Union weit hinter den eigenen Zielstellungen, wie sie etwa im Rahmen der Lissabonstrategie gemeinsam vereinbart wurden, zurückbleibt. Hier wurde die Chance vertan, eine offensive wirtschaftspolitische Strategie für soziale und ökologische Erneuerung und Nachhaltigkeit zu entwickeln.

Ein Blick auf die seit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge vergangenen 50 Jahre zeigt, dass die Europäische Integration immer wieder Konflikte und Widersprüche auszuhalten hatte. Bisher wurden aber immer wieder Lösungen und Auswege gefunden, die nicht etwa integrationshinderlich waren, sondern – im Gegenteil – die Europäische Union weiterentwickelten.

*Ja zu Europa! Aber
Misstrauen gegenüber
»Brüssel«*

Nicht die Europäische Union, doch die derzeitige Entwicklungsrichtung ist offenbar an ihr Ende gelangt. Nahezu jede Umfrage in den Mitgliedsländern zeigt, dass eine überwältigende Mehrheit der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die Idee eines vereinten Europas ausdrücklich begrüßt, aber der aktuellen Brüsseler Politik kritisch gegenübersteht.

Fest steht: Die Fortführung der Europäischen Einigung unter neoliberalen Vorzeichen wird immer weniger gesellschaftliche Akzeptanz finden und das gesamte europäische Projekt gefährden! Ein Scheitern des Europäischen Projekts kann aber nicht im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. Ein Rückzug auf den Nationalstaat als vorrangige Regulationsebene stellt keine zukunftsträchtige Handlungsalternative dar.

*Soziale Grundrechte vor
Binnenmarktfreiheiten*

Vielmehr benötigen wir ein Europa, das dem sozialen Fortschritt den Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten einräumt. Kurzfristig ist dazu eine Ergänzung des Lissabonner Reformvertrages der EU notwendig. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss der Stellenwert der sozialen Grundrechte in Europa zweifelsfrei klargestellt werden. Längerfristig geht es um die vertragliche Neufundierung der Europäischen Union entlang dem Dreiklang aus

- ▶ einer stärkeren und nachhaltigen Demokratisierung der europäischen Entscheidungsprozesse durch die Stärkung des Europäischen Parlaments,

- ▶ der Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit, auch um die einseitige Orientierung auf wirtschaftliche Interessen und deren Lobbyisten zu überwinden
- ▶ sowie um die aktive Gestaltung eines Europäischen Sozialmodells.

2 Das Europäische Sozialmodell als neues Leitprojekt

In den 27 EU-Mitgliedsstaaten gibt es sowohl strukturell als auch quantitativ und qualitativ sehr unterschiedlich entwickelte soziale Sicherungssysteme. Trotz aller Unterschiede bestand aber innerhalb der europäischen Nationalstaaten der Konsens, dass die Marktökonomie zwar höchst produktiv ist; aber mit Blick auf eine sozial nachhaltige Entwicklung der Gesellschaften war immer klar, dass sie durch eine soziale Politik, sozialstaatliche Institutionen sowie starke Gewerkschaften ergänzt und korrigiert werden muss.

*Unterschiedliche
Traditionen als
Ausgangspunkt*

Umgesetzt wurde dieser Anspruch bislang vor allem mittels ausgebauter sozialer Sicherungssysteme, durch ein umfassendes Angebot an öffentlichen Gütern und einer sozialen Infrastruktur, durch handlungsfähige Gewerkschaften, durch Tarifautonomie sowie durch soziale Demokratie auf Betriebs- und Unternehmensebene sowie über einen verteilungspolitisch aktiven Staat.

Die verschiedenen Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten, die erhalten und weiter entwickelt werden müssen, sind die Grundlage eines europäischen Sozialstaatsverständnisses. Für uns steht der Begriff vom Europäischen Sozialmodell vor allem für einen Weg der Integration, der die Schlagseite einer vor allem an wirtschaftlichen Interessen ausgerichteten und von den politischen Eliten einseitig bestimmten Europäischen Union überwindet. Das demokratische und soziale Europa steht damit als Alternative zur neoliberalen EU.

*Alternative zum
Neoliberalismus*

Der Bezugspunkt eines Europäischen Sozialmodells verlangt, die bestehende Divergenz der Lebensverhältnisse innerhalb als auch zwischen den Mitgliedsstaaten in den Fokus zu nehmen. Europaweit müssen die sozialen Spaltungen vermindert und die sozialen Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen sowie geschlechtsspezifische Diskriminierungen bekämpft werden. Dabei ist der Zugang zu qualifizierter Aus- und Weiterbildung für alle Bürgerinnen und Bürger Europas von entscheidender Bedeutung. Auch muss die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen auf einem möglichst hohen Standard angeglichen werden. Heute kommt jeder sechste EU-Bürger aus einem der seit dem Jahr 2004 beigetretenen Länder. Allerdings werden in diesen jungen EU-Ländern nur knapp acht Prozent der Wirtschaftsleistung erbracht. Diese Spaltung zu überwinden führt zu schwierigen Dis-

kussionen über eine gerechte europäische Arbeitsteilung. Gewerkschaften stehen hier im Spannungsfeld des »Kampfes für den Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes« und des Ziels »gleicher Entwicklungschancen für alle Regionen«. Eine kontinuierliche gewerkschaftliche Vernetzung ist die Voraussetzung dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegeneinander ausgespielt werden können.

*Lissabonstrategie
droht zu scheitern*

Die EU steht sich oft selbst im Wege. Im Jahr 2000 machten sich die – damals mehrheitlich sozialdemokratischen – Staats- und Regierungschefs der EU-Länder mit der Lissabonstrategie auf, Europa innerhalb von zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln. Mit diesen Beschlüssen erklärt der Europäische Rat Beschäftigungsfähigkeit und lebenslanges Lernen zu den herausragenden Zielen künftiger Bildungs- und Qualifizierungspolitik. Diese Wettbewerbsstrategie sollte auch mit dem Ziel der Vollbeschäftigung verbunden werden und verlangte von den EU-Mitgliedsstaaten größere Anstrengungen für einen stärkeren sozialen Zusammenhalt.

Die bisherigen Resultate sind ausgesprochen mager. Ein schwaches Wachstum und langanhaltende Massenarbeitslosigkeit prägen das Bild. Die Revision der Lissabonstrategie führte dazu, die positiven sozialpolitisch- und arbeitnehmerorientierten Elemente nahezu gänzlich zu streichen. Mehr denn je fokussieren sich die Institutionen der EU einseitig auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und auf das wirtschaftsliberale Credo aus:

- ▶ Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt,
- ▶ Umstellung der Systeme des Sozialschutzes auf Kapitaldeckung,
- ▶ Privatisierung öffentlicher Güter und der Daseinsvorsorge sowie
- ▶ einer allein angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

Nach wie vor ist die Europäische Union mehrheitlich gefangen in einer einseitigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung des beschleunigten Wettbewerbs. Im Ergebnis hat diese Ausrichtung weder das versprochene Wachstum noch zusätzliche Beschäftigung geschaffen. Im Gegenteil: Die wirtschaftliche und soziale Spaltung in Europa hat sich weiter verschärft.

3 Europa als Akteur mit globaler Verantwortung

Ein im Inneren sozial erneuertes Europa darf sich nicht als eine Insel des Wohlstands verstehen, die sich durch Zäune vor Elend und Armut zu schützen versucht. Anstelle einer restriktiven Abschottung braucht es eine an den Fluchtursachen ansetzende Strategie sowie eine gemeinsame europäische und langfristig angelegte Migrations- und Asylpolitik. Aus Sicht der IG Metall gehören hierzu ein Europäisches Einwanderungsgesetz, ein Europäisches Bürgerrecht für alle, eine gestärkte Integration und die rechtliche Gleichstellung von in der EU ansässigen Drittstaatsangehörigen.

Keine Festung Europa

Europa ist größer als die heutige Europäische Union. Auch künftig muss die Europäische Union fähig sein, weiteren Ländern mittelfristig eine Beitrittsperspektive zu eröffnen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass in den beitragswilligen Ländern die Demokratie gelebt wird – also auch die demokratischen Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vollständig gewährleistet sind. Darüber hinaus muss die Europäische Union die Nachbarschaftspolitik stärken und den wirtschaftlichen Aufholprozess und die Förderung demokratischer Strukturen insbesondere im Mittelmeerraum stärken.

Nicht zuletzt entscheidet sich das soziale Europa anhand der Beziehungen zu den anderen Kontinenten. Europa trägt Verantwortung in der Welt – für Frieden und Bekämpfung der Armut. Konkret bedeutet dies mehr europäisches Engagement bei der von den Vereinten Nationen beschlossenen Strategie zur Halbierung der Armut bis zum Jahr 2015.

In der Europäischen Union wird rund ein Fünftel der weltweiten Wirtschaftsleistung erbracht: Aufgrund dessen kann die EU die entscheidende Ebene für die demokratische Gestaltung des finanzgetriebenen Kapitalismus sein. Die Europäische Union hat den Schlüssel zur Gestaltung und Regulierung, doch bleibt dieses Gestaltungspotenzial leider ungenutzt. Das Nachsehen haben vielfach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

*Europas Verantwortung
in der Welt(wirtschaft)*

Die Weltwirtschaft befindet sich Anfang 2009 in einer tiefen Krise. Sie hat alle Regionen der Welt und alle Sektoren der Wirtschaft erfasst. Ausgangspunkt ist der Zusammenbruch der US-amerikanischen Immobilien- und anschließend der Finanzmärkte. Ursache hierfür waren die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte und die Durchsetzung einer ungebremsten Shareholder-Value-Orientierung. Dieser Entwicklungsweg ist am Ende in einer Sackgasse angekommen. Dies macht sich besonders deutlich an den illusorischen

*»Finanzialisierung« der
Realwirtschaft gescheitert*

Renditeerwartungen von 25 Prozent und mehr, die Hedge- und Private-Equity-Fonds noch bis vor Kurzem einforderten.

Die »Finanzialisierung« der Realwirtschaft sortierte viele Unternehmen und letztlich auch den Kapitalismus insgesamt neu. Managementstrategien richteten sich an den Finanzmärkten aus. Der Aktienkurs wurde zur alles entscheidenden Größe der Unternehmenssteuerung. Allzu oft geraten dabei Arbeitsbedingungen und mittelfristige Innovationen unter die Räder dieser neuen finanzmarktgetriebenen Wirtschaft.

Die destruktive Kraft dieses Finanzmarktkapitalismus ist unübersehbar. Die Regulierung der Finanzmärkte ist eine unabdingbare Voraussetzung zur Erneuerung des Europäischen Sozialmodells, um notwendige politische Spielräume in einem sozialen Europa zurück zu gewinnen – und neu zu gestalten.

Wir sagen: Die Europäische Union muss zum Vorreiter bei der Zähmung und Regulierung des Finanzmarktkapitalismus werden. Unverzichtbar sind eine neue Kultur der gesellschaftlichen Verantwortung sowie ein verbindlicher europäischer Regulierungsrahmen, vor allem für Hedge- und Private-Equity-Fonds. Es geht konkret um Aufsicht, Kontrolle und Transparenz sowie um eine europäische Vereinbarung zur steuerlichen (Gleich-)Behandlung.

*Nachhaltige
Industriepolitik*

Europa muss Verantwortung in der Klimapolitik übernehmen und als hochentwickelter Industriestandort zeigen, wie die Treibhausgasemissionen drastisch reduziert werden können. Wir können heute die Grundlagen für eine nachhaltige industrielle Entwicklung in der Zukunft schaffen. Es geht um eine ökologische Modernisierungsstrategie, die sich an den Leitlinien Energieeffizienz, Verringerung des Ressourcenverbrauchs und nachhaltige Mobilität orientiert. Europaweit braucht es eine Kraftanstrengung für den Ausbau erneuerbarer Energien und für innovative Umwelttechnologien. Nur wenn sich Unternehmen Technologien und Strategien für Energie- und Ressourceneffizienz zu eigen machen, können wir in Europa nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung fördern.

4 Politik für eine Erneuerung des Europäischen Sozialmodells

Die Verhältnisse in Europa ändern sich nicht von selbst. Das soziale Europa braucht aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Trotz wichtiger Erfolge ist zunächst festzustellen, dass eine europäische Öffentlichkeit genauso wie eine handlungsfähige europäische Gewerkschaftsbewegung erst in den Kinderschuhen steckt.

*Rückstand bei
Europäisierung*

Gewerkschaften fangen heute gleichwohl nicht bei Null an; sie können an die jetzige Praxis und ihre bisherigen Aktivitäten anknüpfen. Entsprechend gilt für die IG Metall gemeinsam mit ihren europäischen Partnern aktiv für die Erneuerung des Europäischen Sozialmodells mit der Perspektive eines wirklich sozialen und demokratischen Europas zu streiten. In den nachfolgend erläuterten Handlungsfeldern gilt es, durch eine entsprechende Reformstrategie die Stützpfiler eines erneuerten Europäischen Sozialmodells zu errichten.

*Gewerkschaften
fangen nicht bei Null an*

4.1 Handlungsfeld »Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa«

Die solidarische Erneuerung Europas wird sich wesentlich auf dem Handlungsfeld der Wirtschafts-, Industrie- und Beschäftigungspolitik entscheiden. Die IG Metall steht für eine Politik des ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstums.

In der zunehmend integrierten europäischen Ökonomie sind konjunkturelle Krisen nicht auf einzelne Mitgliedsstaaten beschränkt und lassen sich nicht durch einzelstaatliches Handeln wirksam bekämpfen. Als Ganzes betrachtet ist die Europäische Union mit ihrer relativ geringen Außenhandelsquote jedoch ein geeigneter Ort wirtschafts- und konjunkturpolitischer Steuerung mit potentiell entscheidendem Einfluss auf die Stabilität der Weltwirtschaft. Es erweist sich aber, dass die Steuerungsmöglichkeiten der EU begrenzt sind und ein koordiniertes Handeln von Europäischer Kommission und den Mitgliedsstaaten nur mit erheblichen Zeit- und Reibungsverlusten erfolgt.

Europa braucht den Mut zu einer intensivierten Wirtschafts- und Fiskalpolitik und zu ausgeweiteten wirtschaftspolitischen Kompetenzen auf der supranationalen Ebene. Eine solche »europäische Wirtschaftsregierung« kann die Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitiken koordinieren und Dumping entgegenwirken.

*»Europäische
Wirtschaftsregierung«*

Die notwendige Reorganisation des Ordnungsrahmens für die Finanzmärkte sollte sehr stark in die missbrauchte unternehmerische Freiheit der Akteure eingreifen. Wir brauchen

*Ordnungsrahmen für
die Finanzmärkte*

ein Regelwerk auf europäischer und internationaler Ebene, das langfristige Realinvestitionen fördert und die kurzfristige Spekulation diskriminiert. Prävention, Haftung und Langfristorientierung müssen gestärkt werden. Ein TÜV für Finanzmarktprodukte, striktere Eigenkapitalanforderungen und Finanzmarktstandards helfen, um künftig besser vorzubeugen. Ein Haftungsverbund der europäischen Privatbanken nähme die Banken und nicht die Steuerzahler für eine verfehlte Geschäftspolitik in die Verantwortung. Goldene Aktien, ein Verbot von Leerverkäufen, sowie die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen und Finanztransaktionen setzen Anreize für ein nachhaltiges Management.

Die Europäische Union darf sich nicht mit rund 19 Millionen registrierten Arbeitslosen und dem bestehenden West-Ost- und Nord-Süd-Gefälle abfinden. Es geht darum, die bestehenden Unterschiede des ökonomischen Entwicklungsstandes einzelner Regionen zu verringern und die Arbeitslosigkeit zumindest mittelfristig zu überwinden.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss ebenso wie die Geldpolitik am Ziel des nachhaltigen Wachstums und eines hohen Beschäftigungsstandes ausgerichtet werden. Es geht darum, dass die Fiskal- und Geldpolitik eine Nachfrageentwicklung fördert, die notwendige Voraussetzung für höheres Wachstum und steigende Beschäftigung ist.

*Wettlauf bei
Steuersenkungen beenden*

Der Wettlauf in der Senkung der Unternehmenssteuern muss endlich gestoppt werden. Eine einheitliche europäische Mindestbesteuerung, die von einer einheitlichen Bemessungsgrundlage ausgeht und die über Korridore Raum für unterschiedliche Ausgangsbedingungen in den einzelnen Ländern gibt, kann dies erreichen.

*Gewerkschaften
müssen sich einbringen*

Eine koordinierte und aktive Struktur- und Industriepolitik muss sich der doppelten Herausforderung stellen, die industrielle Produktion und die Beschäftigung in den entwickelten Regionen zu erhalten und gleichzeitig den industriellen Aufholprozess in den neuen EU-Ländern und den bislang noch abgehängten Regionen zu fördern. Wettbewerb darf nicht dazu führen, dass die Arbeitsbedingungen innerhalb einer Branche einer Abwärtsspirale unterliegen. Hierzu muss auf europäischer Ebene die gewerkschaftliche Branchenarbeit weiterentwickelt werden. Gewerkschaften sind zudem gefordert, sich bei branchenpolitischen Initiativen mit eigenen Vorstellungen einzubringen.

Die IG Metall bekräftigt die Position, dass nicht jede Investition in Deutschland durchgeführt werden kann. Auf der anderen Seite ist es nicht hinnehmbar, dass Unternehmen Standorte verlagern und ganze Regionen mit den gesellschaftlichen Folgen unternehmerischer Entscheidungen alleine lassen. Mit dem gemeinsamen politischen Ansatz zur Gewährleistung von sozial verantwortlichen Unternehmensumstrukturierungen hat der Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) ein Instrument entwickelt, solidarisch mit den Folgen grenzüberschreitender Umstrukturierungen in Europa umzugehen.

Bessere Zugangs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu qualifizierter Aus- und Weiterbildung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Europas. Dequalifizierung und Niedriglohnstrategien können den Herausforderungen der wissensbasierten Wirtschaft nicht genügen. Der von der EU-Kommission vorgelegte »Europäische Qualifikationsrahmen« schränkt europäische Bildungspolitik einseitig auf wettbewerbspolitische Ziele ein und vernachlässigt die gesellschaftliche Verantwortung für Bildung. Der gleichberechtigte Zugang zu qualifizierter Aus- und Weiterbildung für alle muss gewährleistet werden. Hierzu gehört es auch, die umfassende berufliche Handlungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ebenso wie die Grundlagen zur selbstbewussten Durchsetzung individueller und kollektiver Rechte und Interessen über europäische Bildungsstrukturen zu stärken.

*Zugang zu qualifizierter
Aus- und Weiterbildung*

4.2 Handlungsfeld »Europäische Tarifpolitik«

Der einheitliche europäische Wirtschaftsraum hat mittlerweile zu einem höchst transparenten tarifpolitischen Raum geführt. Nationale Tarifabschlüsse – sei es zu Entgelt oder Arbeitszeit – oder spezielle Regelungen im Rahmen von Umstrukturierungen bzw. Verlagerungen von Unternehmen wirken sich rasch auch auf die gesamte EU-Ebene aus. Die Gefahr des lohnpolitischen Wettbewerbs wächst. Deshalb müssen sich die europäischen Gewerkschaften intensiver als je zuvor abstimmen und koordinieren. Die IG Metall will die europäische Koordination der nationalen Tarifpolitik weiter ausbauen.

*Europa verlangt
tarifpolitische
Koordinierung*

Die unter den Metallgewerkschaften in Europa vereinbarte Koordinierungsregel, wonach der verteilungsneutrale Spielraum aus Preis- und Produktivitätssteigerungen aususchöpfen ist, zeigt genauso wie die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Tariffragen in die richtige Richtung. Denn die Koordinierungsformel vermeidet, dass es zu bewusster Lohnunterbietung kommt; und die grenzübergreifenden Tarifpartnerschaften

schaffen ein Informations- und Kooperationsnetzwerk, in das auch regionale und örtliche Gewerkschaftsvertreter einbezogen sind.

*Verteilungsspielräume
nicht ausgeschöpft*

Der IG Metall gelang es zwar, den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsrahmen weitgehend für Tariferhöhungen zu nutzen. Deutschland insgesamt blieb jedoch mit der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung hinter dem durch Produktivität und Preisentwicklung definierten Verteilungsziel zurück. Im Bereich der Metall- und Elektroindustrie blieben die effektiv gezahlten Lohnzuwächse hinter der Tariferhöhung zurück. In einem einheitlichen Währungsraum bleibt dies nicht ohne Folgen für die anderen Länder. Umso mehr müssen die Gewerkschaften auf die tatsächliche betriebliche Umsetzung ihrer Tarifergebnisse achten und ihre Anstrengungen zur stärkeren Abstimmung vergrößern.

Ferner bedarf es verstärkt gemeinsamer tarifpolitischer Anstrengungen, um die vorhandenen programmatischen Ansätze zur Arbeitszeit, zu den Qualifizierungsrechten, zur prekären Beschäftigung, zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Regelung guter und humaner Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen europaweit umzusetzen. Dies sollte zum einen auf dem Weg der europäisch koordinierten nationalen Tarifpolitik – wie etwa jüngst bei der ersten gemeinsamen Tarifforderung der EMB-Gewerkschaften nach Weiterbildung – zum anderen aber auch mit Hilfe des Sozialen Dialogs angegangen werden. Letzteres verlangt aber auch Arbeitgeberverbände, die als europäische Verhandlungspartei abschlussfähig und verhandlungsbereit sind. Das ist wegen der Blockadehaltung der Arbeitgeberseite derzeit nicht der Fall. Deshalb müssen Gewerkschaften auf nationaler und europäischer Ebene Druck auf die Arbeitgeber ausüben, sich konstruktiv auf den sozialen Dialog einzulassen.

*Europäische
Betriebsräte
einbeziehen*

Die Erfahrungen mit unternehmensbezogenen Regelungen zu Arbeitszeit und Lohnkosten zeigen zudem, dass in ein effizientes und gewerkschaftspolitisch wirkungsvolles System der europäischen Koordination von Tarifpolitik auch verstärkt die Europäischen Betriebsräte und ihre Koordinatoren einbezogen werden müssen. Denn in jenen Unternehmen, in denen bereits seit langem eine im Alltag bewährte kontinuierliche Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg gab, funktionierte auch die akute Krisenbewältigung besser.

4.3 Handlungsfeld »Betriebspolitik und Mitbestimmung in Europa«

Gewerkschaften stehen für ein demokratisches Europa. Das schließt ausdrücklich die aktive Mitbestimmung und Gestaltung des Wirtschaftsprozesses, angefangen bei der Mitbestimmung am Arbeitsplatz bis hin zur Wirtschaftsdemokratie, mit ein.

Mitbestimmung stärken

Die Gegner der Mitbestimmung in Deutschland versuchen über das Vehikel »Europäisierung« die Mitbestimmungsrechte einzuschränken. Diese Angriffe können nur dann erfolgreich abgewehrt werden, wenn die Gewerkschaften offensiv auftreten und sich mit eigenen Vorschlägen an der Weiterentwicklung der Mitbestimmung in Europa einbringen.

Die teilweise sehr unterschiedlichen Systeme der Mitbestimmung sind in den Mitgliedsstaaten historisch gewachsen und fügen sich in die jeweiligen Systeme der Arbeitsbeziehungen ein. Ein einheitliches europäisches Mitbestimmungsrecht ist auch längerfristig nicht absehbar. Das Europarecht muss die nationalen Mitbestimmungsregeln respektieren und darf sie nicht durch absurde Überinterpretationen der europäischen Grundfreiheiten zersetzen. Jegliche Form von Abstrichen an der Mitbestimmung (wie beispielsweise am VW-Gesetz) wird die IG Metall nicht hinnehmen; dies stellt für uns auch eine klare Grenze der europäischen Integration dar.

*Europa muss
Mitbestimmung
respektieren – Grenzen
der Integration*

Trotz unterschiedlicher Mitbestimmungskulturen ist ein gewisses Maß an Kohärenz nötig, um das Zusammenwirken auf betrieblicher, nationaler und europäischer Ebene aufeinander abzustimmen. Klare europäische Mindeststandards zur Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretung sind nötig, um die Versuche abzuwehren, einzelne Standorte gegeneinander auszuspielen.

Euro-Betriebsräte sind ein besonders wichtiger Ansatz zur Vernetzung von Belegschaften und zur grenzüberschreitenden Interessenvertretung, der im Zuge der wachsenden Integration Europas an Bedeutung gewinnt. In nahezu allen großen und in vielen mittleren Unternehmen existieren Euro-Betriebsräte. Ein Nachholbedarf ergibt sich für die Gewerkschaften insbesondere bei kleineren Unternehmen. Vor allem in Krisensituationen und in Umstrukturierungsprozessen zeigt sich die Notwendigkeit starker Euro-Betriebsräte. Die im Dezember 2008 – auf Grundlage einer Empfehlung der Europäischen Sozialpartner und mit der Unterstützung des Europäischen Parlaments – beschlossene Änderung der Europäischen Betriebsräterichtlinien weist in die richtige Richtung: Verbesserung der

*Rechte der Euro-
Betriebsräte stärken*

Informations- und Anhörungsrechte, eine bessere und belastbare Definition länderübergreifender Angelegenheiten, wirksame Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen sowie die Akzeptanz der Gewerkschaften als Experten und Unterstützer bei Gründungen von Euro-Betriebsräten. Diese Änderungen sind aber nur ein Zwischenschritt beim Ausbau der Mitbestimmungsrechte auf europäischer Ebene. Eine umfassende Revision der Richtlinie ist mittelfristig unabdingbar.

Gewerkschaftlich ergibt sich die Aufgabe, auf die zunehmende Standortkonkurrenz innerhalb von einzelnen Konzernen und Branchen gestaltend Einfluss zu nehmen. Dies setzt eine kontinuierliche Vernetzung von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen der verschiedenen Standorte voraus. Unser Ziel sind grenzüberschreitende und gemeinsam getragene Strategien von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen innerhalb von einzelnen Konzernen und Branchen.

4.4 Handlungsfeld »Europäische Sozialpolitik«

Die bisherigen sozialpolitischen Anstrengungen der EU sind unzureichend und halbherzig. Die Methode der offenen Koordinierung kann bisher weder qualitativ noch quantitativ dazu beitragen, die enormen sozialen Herausforderungen der Europäischen Union mit einer Bevölkerung von nahezu 500 Millionen Menschen anzugehen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Angesichts der immensen wirtschaftlichen Spaltung in Europa erscheint aktuell weder ein EU-einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn noch eine EU-einheitliche Mindestrente zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts sinnvoll. Gleichwohl kann ein soziales Europa sich nicht damit abfinden, dass es EU-Bürger erster, zweiter und dritter Klasse gibt. Die IG Metall ist dem Grundsatz verpflichtet, dass für gleiche Arbeit am gleichen Ort ein gleicher Lohn zu entrichten ist.

Europa muss die Gleichstellung von Männern und Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft fördern. Hierzu gehört eine gleichberechtigte Stellung von Männern und Frauen hinsichtlich der Qualität der Arbeit, der Hierarchieebenen und in den Entwicklungsperspektiven der Arbeit aktiv zu unterstützen. Auch müssen die eklatanten Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen in Europa überwunden werden. Zahlreiche Beschlüsse der EU-Institutionen bekräftigen gleichberechtigte Chancen von Frauen als wesentlich für ein sozial zusammenwachsendes Europa. Damit ist Europa rhetorisch schon heute treibende Kraft

auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, doch müssen den zukunftsweisenden Worten endlich mehr Taten folgen.

Es gilt, die Etappen zu einem sozialen Europa unter Bündelung aller Kräfte in Angriff zu nehmen. Es geht dabei nicht um die Schaffung eines einheitlichen europäischen Sozialstaats, sondern darum, die bestehende Vielfalt solidarisch und sozialintegrativ zu gestalten. Die IG Metall plädiert für einen sozialen Stabilitätspakt, der zum einen Mindestbedingungen formuliert und zum anderen den unterschiedlichen Ausgangsniveaus in den alten und den neuen EU-Ländern Rechnung trägt.

*Für einen sozialen
Stabilitätspakt in Europa*

Es braucht in einem ersten Schritt europäische Mindeststandards, die in allen Ländern zu beobachtende Fehlentwicklungen wie der Prekarisierung der Arbeit, der Ausweitung der Arbeitszeiten und der Privatisierungswelle öffentlicher Leistungen entgegentritt. Nötig ist daher eine weitergehende europäische Gesetzgebung, zum Beispiel beim Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Bei der im Herbst 2008 beschlossenen Richtlinie zum Schutz von Leiharbeitnehmern konnte der Grundsatz der Gleichbehandlung von Leiharbeitskräften mit dem Stammpersonal des Einsatzbetriebes erst durch den anhaltenden Druck der Gewerkschaften und des Europäischen Parlaments als europaweiter Standard durchgesetzt werden. Die bei der Novellierung der Arbeitszeitrichtlinie von Kommission und Ministerrat vorgesehene Verschlechterung des erreichten Rechtsstands konnte ebenfalls erst durch gewerkschaftliches Engagement und das Votum des Parlaments vorübergehend gestoppt und zum Gegenstand eines Vermittlungsverfahrens gemacht werden.

Leiharbeitnehmer schützen

Die IG Metall wird sich dafür einsetzen, dass die im Grünbuch für Arbeitsrecht und in den von der Kommission dazu beschlossenen Mitteilungen skizzierten »Flexicurity«- Ansätze nicht zu einer Absenkung arbeitsrechtlicher Standards führen.

Die wirtschaftlich erfolgreichsten Länder in Europa verfügen über gut ausgebaute Sozialsysteme. Es ist zu beobachten, dass in Ländern mit einem wachsenden Pro-Kopf-Einkommen auch die Sozialleistungsquote steigt. Länder mit einem ähnlichen Pro-Kopf-Einkommen sollten sich auf einen gemeinsamen Korridor für die Ausgaben der sozialen Sicherung ver-

ständigen. Ziel muss es auch sein, dass sich die bisher schwächeren Länder allmählich auf den EU-Durchschnitt zu bewegen.

*Öffentliche
Dienstleistungen
ausbauen*

Weitere Wege der sozialen Annäherung sind wünschenswert. Die europäischen Staaten sollten sich für die Stärkung der sozialen Infrastruktur entscheiden und sich aktiv für ein System guter öffentlicher sozialer Dienstleistungen einsetzen. Heute bestehen in 20 von 27 Ländern gesetzliche Mindestlöhne, die sowohl vom Niveau als auch von der Relation zum Durchschnittslohn der einzelnen Länder sehr unterschiedlich sind. Die Spanne liegt aktuell zwischen 30 bis 50 Prozent des Durchschnittslohnes, wobei unser Ziel eine Annäherung auf 55 Prozent innerhalb von wenigen Jahren ist. Auch müssen weitere Beispiele sozialpolitischer Annäherungen folgen und das soziale Europa verdeutlichen.

5 Europäisierung der IG Metall

Über die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften in Europa wird nicht in Sonntagsreden entschieden. Europa steht am Scheideweg. Deshalb braucht es starke, in den EU-Mitgliedsländern und auf europäischer Ebene handlungsfähige und -bereite Gewerkschaften.

*Zukunft: Europa als Alltag
des gewerkschaftlichen
Handelns*

Dies gilt auch für die IG Metall. Auch sie braucht eine verstärkte europapolitische Praxis, die auf allen Ebenen der Organisation selbstverständlich werden muss. Drängende Themen und aktuelle Anlässe gibt es praktisch genug.

Bewusst müssen sich die Gewerkschaften für eine Stärkung ihrer europäischen Strukturen entscheiden. Die IG Metall kann auf Vorhandenem aufbauen. Das belegen die zahlreichen Euro-Betriebsräte, die vielen europäischen Tarifkooperationen, die europaweite Mobilisierung der Gewerkschaften gegen die Dienstleistungsrichtlinie, die interregionalen Gewerkschaftsräte, die Arbeit der europäischen Gewerkschaftsbünde sowie etliche Kooperationen auf lokaler Ebene.

*Austausch und
Bildungsarbeit*

Die IG Metall vermittelt europapolitische Kompetenzen in ihrer Personalarbeit – durch einen europäischen Personalaustausch, durch Entsendungen zu europäischen Gewerkschaftseinrichtungen, in der Aus- und Weiterbildung des Personals – und wird dies fortsetzen. Mit dem EMB und seinen Mitgliedsorganisationen arbeitet sie daran, europapolitische Qualifikationsanforderungen für alle Gewerkschaften zu definieren und sie teilweise auch gemeinsam zu vermitteln. Auch die Bildungsarbeit für die ehrenamtlichen Funktionärinnen

und Funktionäre hat eigene europabezogene Bestandteile und eine zunehmende europäische Ausrichtung. Dieses gilt es zu stabilisieren und auszuweiten.

Wir brauchen ein Europa der Menschen. Europa darf nicht länger nur ein Thema für Expertinnen und Experten sein. Die Menschen müssen spüren, dass ein sozial und demokratisch erneuertes Europa ihre Interessen und Probleme ernst nimmt. Auch die europäische Idee der Gleichberechtigung der Geschlechter muss erfahrbar werden. Es geht um eine neue europäische Kultur und es geht um ein europapolitisches Mainstreaming der IG Metall. Innerhalb weniger Jahre müssen Gewerkschaften tatsächlich europaweit kampagnenfähig werden.

*Europa nicht nur
für Experten*

Keinesfalls kann eine solche Debatte auf Deutschland beschränkt sein, dieser Diskussionsprozess muss aktiv europaweit geführt werden. Europa braucht zudem Ausdauer und dauerhaftes Engagement. Nur durch eine aktive europäische Öffentlichkeit können die Potenziale Europas zur demokratischen Gestaltung der Globalisierung und für sozialen Fortschritt genutzt werden. Die IG Metall setzt sich aktiv für das erneuerte Europäische Sozialmodell ein.

Fest steht: Ein neuer Anlauf für eine solidarische Erneuerung Europas ist unabdingbar. In Europa – für Europa!

